



Europa wird in Berlin gemacht!

Warum es im Bundestagswahlkampf einen europapolitischen Ideenwettbewerb braucht

EU-in-BRIEF | Ausgabe 01-2021

Von Dr. Linn Selle

In ihrem Beitrag im Verbändereport erörtert Dr. Linn Selle, warum Europapolitik im Bundestagswahlkampf 2021 eine große Rolle spielen sollte: Obwohl die meisten Themen unserer Zeit, wie etwa der Umgang mit dem Klimawandel und der Covid-19-Pandemie oder Fragen von Migrations- und Asylpolitik, europäische sind, fehlt es der deutschen Europapolitik an parlamentarischer Legitimierung sowie der praktischen Umsetzung von Europapolitik als Innenpolitik. Die Präsidentin der Europäische Bewegung Deutschland e.V. (EBD) ruft die Verbände, die sich für eine pro-aktive deutsche Europapolitik engagieren, deshalb dazu auf, sich im Bundestagswahlkampf für einen Wettbewerb um die besten Ideen für Europa einzusetzen.

Am 26. September 2021 ist Europawahl. Ja genau, Europawahl. Wenn am letzten Sonntag im September über 60 Millionen Wahlberechtigte in Deutschland aufgerufen sind, den neuen Bundestag zu wählen, stellt ihre Wahl auch die Weichen künftiger Europapolitik. Denn die großen Themen des Bundestagswahlkampfs werden europäische sein: Klima, Corona, Migration und Digitalisierung werden uns in den nächsten Jahren weiter stark beschäftigen. Keine dieser Herausforderungen lässt sich auch nur ansatzweise auf nationaler Ebene gestalten. Besonders der Umgang mit der Corona-Pandemie hat schmerzlich vor Augen geführt, wie hinderlich nationale Alleingänge für die Bewältigung von Krisen sind.

Als im Frühjahr 2020 viele EU-Mitgliedstaaten eigenmächtig und zu wenig koordiniert Grenzkontrollen einführten, hat das die

Produktions- und Lieferketten der Wirtschaft und den grenzüberschreitenden Alltag der Bürgerinnen und Bürger schwer getroffen. Internationale Krisen wie die Pandemie machen nun mal nicht an nationalen Grenzen halt. Deshalb können nationale Strategien im eng vernetzten Europa nur gegen Windmühlen kämpfen.

Der Bundestagswahlkampf muss daher als Europawahlkampf geführt werden. Das findet auch die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Wie eine repräsentative Umfrage, die die Europäische Bewegung Deutschland (EBD) Ende 2020 in Auftrag gegeben hat, zeigt, wünschen sich fünf von sechs Deutschen, dass Europapolitik im Bundestagswahlkampf 2021 eine große Rolle spielt. 84 Prozent der Befragten gaben an, dass es ihnen wichtig oder sehr wichtig sei, Europa und Europapolitik im Wahlkampf

ausgiebig zu diskutieren. Das gilt von den Jugendlichen bis zu den Seniorinnen und Senioren: Europa ist in der Breite der Gesellschaft ein wichtiges Thema für die Bundestagswahl, und das Interesse an Europapolitik bleibt auch nach dem Ende der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ungebrochen.

Antworten auf europapolitische Fragen werden mit darüber entscheiden, wer im Superwahljahr 2021 Wählerstimmen für sich gewinnen kann. Die SPD hat im März mit ihrem Wahlprogramm-Entwurf, in dem Europa eines von drei Kernthemen ist, vorgelegt. Aus den Gesprächen mit CDU/CSU, den Grünen und der FDP wissen wir, dass auch andere Parteien nachziehen werden. Aber das ist nur die halbe Miete: Europapolitische Ideen brauchen nicht nur ein paar pflichtbewusste Zeilen im Wahlprogramm, sondern auch Raum für Diskussionen im Wahlkampf. Ich wünsche mir, dass grenzüberschreitende Lösungen für die drängenden Fragen unserer Zeit und Deutschlands Rolle darin Thema auf den Programmparteitagen werden, bei Diskussionsrunden der Wahlkreisabgeordneten und im TV-Duell der Spitzenkandidatinnen und -kandidaten. Verbände und andere gesellschaftliche Organisationen können hier eine zentrale Rolle spielen, wenn sie in ihren Wahlprüfsteinen oder in Gesprächen mit Politikerinnen und Politikern auf eine europapolitische Schwerpunktsetzung drängen.

Deutsche Europapolitik zu undurchsichtig und unkoordiniert

Nicht nur aufgrund der Themen hat die Bundestagswahl europapolitisches Gewicht. Als bevölkerungsreichster und exportstärkster Mitgliedstaat nimmt Deutschland eine entscheidende Rolle in der

EU und insbesondere im Rat der EU ein. Wer im September ins Kanzleramt einzieht, wird Europa im Großen prägen. Europapolitik wird – ganz anders, als es die regelmäßigen Schuldzuweisungen nach "Brüssel" vermuten lassen – ganz entscheidend auch in Berlin gemacht. Aber wie macht Berlin Europa? Über die Entstehung europapolitischer Positionen der Bundesregierung wissen wir alle nach wie vor zu wenig.

Das führt dazu, dass deutsche Europapolitik nach außen schwer fassbar ist. Ihre zentralen Akteurinnen und Akteure sowie ihre Strukturen werden nicht sichtbar und Verantwortlichkeiten bleiben für die Öffentlichkeit undurchsichtig. Das belegt die erwähnte Umfrage der EBD, nach der nur rund ein Fünftel (21 Prozent) der Befragten die für die europapolitische Koordinierung verantwortlichen Ministerien Auswärtiges Amt und Bundeswirtschaftsministerium benennen konnten. Was die öffentliche Wahrnehmung stattdessen prägt, sind Partei- und Ressortkonflikte, die die Handlungs- und Sprechfähigkeit der Bundesregierung auf EU-Ebene herauszögern. Bundesministerien fallen medienwirksam durch ungenügende Abstimmung im Rat auf – wie beispielsweise das Landwirtschaftsministerium und das Umweltministerium im Streit zur Glyphosatzulassung oder zur Agrarwende.

Der deutschen Europapolitik fehlt es zudem an parlamentarischer Legitimierung, denn die Bundesregierung trifft ihre Entscheidungen weitestgehend autonom statt sie in der politischen, öffentlichen Debatte in Bundestag und Bundesrat auszuhandeln. Dies wiegt umso schwerer, weil die gesellschaftliche Einbindung mangelhaft ist. Ein Beispiel dafür: In allen anderen Bereichen sind Verbändeanhörungen zu politischen Grundsatzfragen gang und gäbe, während dies in europapolitischen Entscheidungsprozessen kaum der Fall ist. Dass Europapolitik breiter diskutiert werden

sollte, schließt auch den engeren Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der deutschen Botschaften in den EU-Hauptstädten ein. Wie uns aus Fachkreisen immer wieder berichtet wird, werden diese bislang kaum zur Eruiierung politischer Positionen eingebunden. Dabei sind sie aufgrund ihrer diplomatischen Kenntnisse und Kontakte wichtige Bindeglieder im europäischen Austausch und sollten dementsprechend konsultiert werden.

Gerade das Solidaritätsversagen zu Beginn der Corona-Pandemie und die damit verbundene Kritik am europäischen Krisenmanagement führt uns vor Augen, wie dringend notwendig der Dialog über Europas Zukunft ist. Ein erster Schritt in die richtige Richtung ist mit der Einigung auf das Mandat für die Konferenz zur Zukunft Europas (engl. Conference on the Future of Europe, kurz: CoFoE) gemacht, auf das sich die EU-Institutionen Anfang März geeinigt haben. Priorität muss sein, einen repräsentativen, transparenten, ergebnisorientierten Prozess durchzuführen, der die Hoffnungen der gesellschaftlichen Einbindung im Rahmen der Konferenz erfüllt. Dabei braucht es lokale, regionale, nationale und transnationale Partnerinnen und Partner, um die Debatte in die Breite der Gesellschaft zu tragen. Verbände und andere gesellschaftliche Akteurinnen und Akteure können hierbei gezielt Impulse setzen.

Mit einer repräsentativen, gesellschaftlichen Einbindung hat die CoFoE die Chance, richtungweisend für die Entwicklung der Union in den kommenden 20 Jahren zu werden. Wie die Konferenz in den nächsten Monaten anläuft, bietet nicht nur einen Vorgeschmack auf den Austausch über die Zukunft der EU für die Bundestagswahl, sondern wird die Stimmung gegenüber Europa in dieser Zeit bis in den September prägen.

Neue Wege in der Europapolitik statt ausgetretener Pfade

Es wird Zeit, neue europapolitische Wege zu beschreiten und mit diesen eine neue Infrastruktur zu schaffen, um die Europapolitik in Deutschland zu verbessern. Deutsche Europapolitik war lange genug auf ausgetretenen Pfaden unterwegs. Sie muss stärker einbinden und verbinden, verlässlich handeln und parlamentarisch wie gesellschaftlich breit verankert werden. Die Bundesregierung muss Europapolitik konsequent als Innenpolitik begreifen und eine klare Zielrichtung haben, die sich nicht allein aufs Reagieren beschränkt. Nach den richtigen und wichtigen Impulsen unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im vergangenen Jahr darf die Bundesregierung jetzt nicht in ihre Europa-Passivität der letzten Jahre zurückfallen, sondern muss an einer Fortsetzung des neuen Kurses arbeiten. Dafür braucht es eine Vision – einen #Europaplan. Unter diesem Schlagwort bündelt die EBD mit ihren mehr als 250 Mitgliedsorganisationen Diskussionsimpulse für eine moderne deutsche Europapolitik.

Drei konkrete Forderungen wollen wir in den Wahlkampf und später an die neue Bundesregierung herantragen: **Erstens, deutsche Europapolitik braucht proaktives und proeuropäisches Handeln.** Sie muss gezielte Impulse zu weiteren Integrationsschritten setzen und Antworten auf die Kernherausforderungen der Europapolitik geben. Dazu gehören beispielsweise eine Reform des europäischen Wahlrechts, neue EU-Eigenmittel im Haushalt, eine übergreifende und präventive europäische Gesundheitspolitik und eine Stärkung des Schengen-Raumes. Nur gemeinsame europäische Lösungen können uns für die Anforderungen der Zukunft wappnen.

Zweitens, deutsche Europapolitik muss mit klaren Verantwortlichkeiten nach außen sichtbar und kohärenter sein.

Dafür braucht es eine zentrale Koordinierungsstelle. Ein Ministerposten für Europapolitik, der die Expertise aus den Ministerien bündelt, wäre hierfür ein wichtiger Schritt. Wir brauchen kein neues Ministerium, aber eine zentrale Schaltstelle im Ministerrang, die auf Augenhöhe sowohl mit Kabinettskolleginnen und -kollegen als auch mit EU-Kommissionsmitgliedern agieren und ein kohärentes Vorgehen sicherstellen kann.

Und drittens, deutsche Europapolitik muss parlamentarisch und gesellschaftlich verankert sein. Dafür müssen die Ministerinnen und Minister die Positionen der Bundesregierung für die EU-Ratsverhandlungen in Bundestag und Bundesrat zur Debatte stellen. Um die gesellschaftliche Beteiligung sicher zu stellen, müssen Verbände über einen strukturierten Dialog in europapolitische Entscheidungsfindungsprozesse eingebunden sein. Das ist übrigens keine innovative Idee aus der Zivilgesellschaft, sondern steht so in Paragraph 47 der Geschäftsordnung der Bundesregierung (GOBReg). Gesellschaftliche Beteiligung meint Beteiligung über nationale Grenzen hinweg: Deshalb müssen auch Verbände und ihre Partnerorganisationen in anderen EU-Mitgliedstaaten eng in diesen Prozess involviert sein.

Diesen Europaplan wollen wir gemeinsam umsetzen. Dafür brauchen wir die geballte Stärke unseres Netzwerkes, zu dem wir zahlreiche Verbände als Mitglieder zählen dürfen. Dass in ihren Politiken zur Bundestagswahl viel Europa steckt, zeigen erste Positionierungen vom BDI bis zum WWF.

Mit Europaplan und Elan in den Bundestagswahlkampf

Der Kompass der Europapolitik wird nicht nur alle fünf Jahre bei den Europawahlen festgelegt. Er dreht sich regelmäßig auch bei nationalen Wahlen. Diese entscheiden schließlich nicht nur über die nationalen Parlamente, sondern auch über die Zusammensetzung des wirkmächtigen Ministerrates, wie auch über die deutsche Stimme im Europäischen Rat, der trotz fehlender formaler Entscheidungsgewalt im EU-Entscheidungsprozess oft die Leitlinien der Europapolitik vorgibt. Das haben insbesondere die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU und die damit verknüpfte Debatte zur Rechtsstaatskonditionalität im letzten Jahr gezeigt.

Als bevölkerungsreichster Mitgliedstaat und Gründungsland der EU spielt Deutschland im Rat eine erhebliche Rolle. Das hat nicht zuletzt der Abschluss des EU-Haushalts 2021-2027 gezeigt: Die historische Kraftanstrengung, gemeinsame europäische Schulden aufzunehmen, um europaweit für wirtschaftlichen Aufschwung nach der Corona-Pandemie zu sorgen, wäre ohne den deutsch-französischen Vorschlag zur „Einrichtung eines ehrgeizigen Fonds zur wirtschaftlichen Erholung auf EU-Ebene für Solidarität und Wachstum“ vom Mai 2020 nicht gelungen. Genau diesen Elan der deutschen Europapolitik sollten wir in den Bundestagswahlkampf und auch darüber hinaus tragen.

Wie soll sich die neue Bundesregierung zum EU-Migrations- und Asylpakt positionieren? Wie kann die Umsetzung des Europäischen Grünen Deals und der digitalen Agenda gelingen? Wie kann die EU bis zu den Europawahlen 2024 demokratischer gestaltet

werden? Welche Lehren ziehen wir aus der Covid-19-Pandemie für eine besser koordinierte EU-Gesundheitspolitik?

Die meisten Themen unserer Zeit sind europäische und müssen auf europäischer Ebene mitgedacht werden. Wir fordern eine europapolitische Dimension der Wahlkampfthemen und wollen Brüsseler wie auch Berliner Blasen zum Platzen bringen. Dabei brauchen wir starke Partnerschaften mit den Verbänden, die sich mit uns für eine pro-aktive deutsche Europapolitik einsetzen, die parlamentarisch und gesellschaftlich fest verankert ist.



Über die Autorin

Dr. Linn Selle ist seit 2018 Präsidentin der Europäischen Bewegung Deutschland e.V. (EBD). Nach ihrem Studium der Politikwissenschaften in Bonn und Paris absolvierte sie einen Master in European Studies an der Viadrina-Universität Frankfurt/Oder, wo sie 2017 ihre Promotion zur parlamentarischen Haushaltshoheit beim EU-Haushalt beendete. Seit 2014 ist sie Mitglied im Vorstand der EBD und wurde im selben Jahr mit dem „Preis Frau Europas“ ausgezeichnet. Hauptberuflich ist sie beim Verbraucherzentrale Bundesverband tätig.

Kontakt: info@netzwerk-ebd.de

Beim Zitieren dieses Artikels verweisen Sie bitte auf: <https://www.netzwerk-ebd.de/wp-content/uploads/2021/05/EBD-PUB-EU-in-BRIEF-01-2021-Europa-wird-in-Berlin-gemacht.pdf>

Impressum

EU-in-BRIEF | Analysen – Positionen – Vorausschau ist ein kostenloses Informationsangebot im PDF-Format des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland.

ISSN-Nummer: 2191-8252

Zitier-Hinweise: Bisher wurden keine verbindlichen Regeln zur Zitierweise digitaler Publikationen geschaffen. Daher bitten wir, folgende Angaben zu übernehmen, wenn Sie einen unserer Texte zitieren möchten: Autoren des Textes, Titel des Textes, Internetadresse wie angegeben. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

© **Europäische Bewegung Deutschland e.V.**

Sophienstr. 28/29 | D-10178 Berlin

T +49 30 3036201-10 | F -19

info@netzwerk-ebd.de

Herausgeber: Bernd Hüttemann (V.i.S.d.P.)

Mehr Wissen!

Auf der Website der EBD erfahren Sie alles Wesentliche über unsere Organisation und können kostenfrei auf eine Vielzahl von Informationen zu Europa zugreifen: <http://www.netzwerk-ebd.de>

Die Europäische Bewegung Deutschland e.V., gegründet 1949, ist das größte zivilgesellschaftliche Netzwerk in Deutschland und institutioneller Partner des Auswärtigen Amtes.